

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Gesamtgehalt und in allen Abteilungen erscheinend

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich drei Haus 2,50 M. (halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-U. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 692, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-U. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

4. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 14. Juni 1928 Nummer 137

Der Reichstag eröffnet

Spaltung der Alten Sozialdemokratischen Partei in Sachsen

Betriebsdelegationen im Reichstage — Die kommunistische Reichstagsfraktion präsentiert Arbeiterforderungen

Heute Beratung des Amnestieantrages

Berlin, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.)
Der vierte Reichstag der sogenannten deutschen Republik wurde Mittwoch 13 Uhr eröffnet. Vor dem an der Tiergartenstraße gelegenen Portal des dem deutschen Volke gewidmeten Gebäudes verkörperte eine Handvoll Bummler, Pressephotographen, Schupos und Geheimpolizisten das „Boll“, das seine gewählten Vertreter an die schweißtriefende Parlamentsarbeit eilen lassen will. Einige Hakenkreuzler verhielten sich unter dem Schutze der Bananenkeule durch Zeigen ihrer Hitler-Uniform Eindruck zu hinterlassen, zogen aber schnell wieder ihre Ziviljacken über, als einige rote Frontkämpfer am Platz erschienen.

Das werktätige Volk Berlins hat sich bereits mit 27 Betriebsdelegationen einen Weg in das Innere des Reichstages gebahnt. Insgesamt sind es an 100 Delegierte, darunter 40 Frauen, deren Männer z. T. noch in den Bastillen der Republik schmachten, die den sogenannten volksfreundlichen Parlamentariern den Willen der Arbeiterschaft nach Amnestie verbalmetzen wollen. Die Zugehörigkeit von 18 Delegierten zur SPD beweist, wie weit diese Forderung bereits Allgemeingut der Arbeiterschaft geworden ist.

Die kommunistische Reichstagsfraktion empfing sämtliche Delegierte in ihren Fraktions-Sitzungszimmern durch die Genossen Bick, Höllein und Pfeiffer. Es vertrat sich, daß unsere Fraktion — gemäß ihrer Tradition in dieser Frage — nicht nur energische Unterstützung zusagte, sondern auch praktisch alles tun wird, um die Opfer der Klassenjustiz aus den Gefängnissen und Justizhäusern alsbald herauszuholen. Aus der Mitte der Delegationen wurden vier Kommissionen zwecks Rücksprache mit den anderen Parteien gewählt. Wenn schon diese Kommissionen überall auch nur diplomatische Vertretungen erhielten, so zeigt doch schon die Tatsache ihres Empfanges und die Tonart, in der die Herren Landsberg, von Guekard usw. ihre Ansichten formulierten, von dem Druck, unter dem diese Parteien infolge des Amnestieantrages ihrer Wählermassen stehen.

Ein Symptom dafür ist auch, daß der von uns bereits veröffentlichte Amnestiegesetzentwurf der kommunistischen Partei auf Vorschlag des sozialdemokratischen Vizepräsidenten Bod widerstandslos auf die morgige Tagesordnung gesetzt wurde.

Dennoch wäre es verfrüht, betreffs des Schicksals der politischen Gefangenen sich irgendwelchen Kombinationen hinzugeben, zumal auch die Deutschnationalen in Verbindung mit den Gemäßigten einen ihnen genehmen Amnestieentwurf eingebracht haben. Auf jeden Fall wird es aber auch in diesem Reichstag von der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion abhängen, ob die proletarischen politischen Gefangenen den Klauen der weißen Justiz entrissen werden. Aus diesem Grunde haben die sozialdemokratischen Arbeiter alle Ursache, den Druck auf ihre Abgeordneten in Richtung Amnestie zu verstärken.

Punkt 15 Uhr wurde die Sitzung von dem 82 Jahre alten Vizepräsidenten Bod-Gottha (SPD) eröffnet. Der Sitzungssaal

die Tribünen und die Reichsratsstraße waren lüdenlos besetzt. Nur die leeren Regierungsbänke hatten in demonstrativer Leere des neuen Geschäftsführers der Firma Silberberg u. Co., wie Hermann Müller beim Namensaufruf von der kommunistischen Fraktion bezeichnet wurde. Allgemein fiel auf, daß das Rednerpult, von dem aus mit Vorliebe Herr Solkmann seine religiös-sozialistischen Reden ablas, verschwunden ist. Die Zentrumspläne und die deutschnationalen Schmerzbände sind infolge des Vordringens der kommunistischen und sozialdemokratischen Seite ziemlich weit nach rechts abgedrängt worden. Genosse Loew erscheint in der KPD-Uniform.

Das Haus hörte zunächst stehend eine Beileidkundgebung für die Opfer der Stieglitzdorfer Eisenbahnkatastrophe an. Als Bod in seinen Einleitungsworten bemerkt, daß der Reichstag bei gutem Willen die Not der Kriegsinvaliden, Sozialrentner, Kleinstner usw. lindern könne, ruft Genosse Stoeder: „Ragt alle Hoffnung fahren!“ Bei dem nunmehr folgenden Namensaufruf kommt es oft zu stürmischer Heiterkeit infolge der ironischen

Handbemerkungen von den kommunistischen Bänken. Herr Brauns wird mit dem Prädicat „Schlichtungswüriger“, Herr Brünninghaus mit: „Der Zigarrenadmiral“ begrüßt. Als der Schwerindustrielle Zentrumsmann Käßner ausgerufen wird, ruft der Abgeordnete Maslowski (KPD) „Zweihunderttausend Mark für ein Mandat!“ und „Koch pfeift auf dem letzten Loch“ ertönt es bei Namensnennung des demokratischen Parteihauptlings. Bei Solkmann hört man die Bemerkung: „Geh zu Christus“, während Crippien den „Sonntagsprediger der Großen Koalition“ einstehen muß. Selbstverständlich, daß auch Herrn Künstler „der Einseifer“ und Herrn Seering „der Fernemordminister“ nicht gelächelt wurde.

Es stellt sich die Anwesenheit von 462 Abgeordneten heraus. Hierauf verliest der provisorische Schriftführer den bereits veröffentlichten kommunistischen Amnestieantrag und einen Antrag auf sofortige Haftentlassung des gewählten Abgeordneten Genossen Rippenberger. Auf Vorschlag des Präsidenten Bod werden diese, sowie einige weitere Anträge auf die Tagesordnung der Donnerstag 14 Uhr beginnenden nächsten Reichstagsitzung gesetzt, wo auch die Wahl des Präsidiums erledigt werden soll. Um 16 Uhr hatte die erste Sitzung des Reichstages ihr Ende erreicht.

Der Bankrott der USPD

Bahn frei für Große Koalition

R.R. Gestern schon meldeten die bürgerlichen Blätter, daß die USPD sich gespalten habe. Viel war ja von dieser Partei nicht mehr übrig geblieben nach den Reichstagswahlen. Aber dennoch: die paar Mann haben sich gespalten. Der Ausgang der Reichstagswahl ist den Leuten auf die Nerven gefallen. Ihre Hoffnungen zur Herausbildung einer national-sozialistischen Partei wurden gründlich zerstört. Die Arbeiter hatten zu deutlich gezeigt, daß sie weder einem Bud, einem Bethke, noch einem Kietzsch und Winnig auf dieser Bahn folgten, genau so wenig, wie sie einem Hitler und Lubendorff folgten. Am nun zu retten, was zu retten geht, versuchen die Bud, Helldt, Bethke, Hagen und Wirth, durch eine Schwemmung ihre Sünden vergessen zu machen. Sie haben sich darauf besonnen, daß sie auf dem Gründungsparlament die USPD nur als eine Episode betrachtet hatten, um über kurz oder lang in den reitenden Hufen der SPD zurückzufahren. Sie wollten eine „nationale“ Arbeiterbewegung schaffen. Die Bud, Helldt u. Konsorten vollführten ja zuerst die Politik des sozialdemokratischen Parteivorstandes, der sie, als 23, recht stark und fest in Schutz nahm gegen die jungen Schulmeister und Redakteure in Sachsen. Aber die Helldt und Bethke waren wohl etwas begriffsstutzig und verstanden nicht das Oppositionsmännchen des SPD-Vorstandes. So gerieten sie in starken Widerspruch auch mit diesem.

Die logische Entwicklung der „nationalistischen“ USPD führte dann immer weiter auf die Bahn des Faschismus. Stolz und

hochfahrend verkündeten die von sich sehr stark eingenommenen Kietzsch und Bethke, daß ihnen die Arbeiter in Massen zu strömen werden. Die Reichstagswahl zeigte dann diesen Renegaten, daß sie bei den Massen abgelesen hatten. Der Schreck, der ihnen darob in die Knochen gefahren, veranlaßt sie jetzt zu einem Kurswechsel zu kommen. Die nationalistische Tendenz soll aufgegeben werden. Wie mitgeteilt wird, hat im Vorstand der USPD eine Auseinandersetzung stattgefunden, bei der die Bud, Helldt, Bethke und Genossen die Linie abstellten auf ein Zurück zum Ausgangspunkt. Das erst vor ein paar Wochen verkündete Programm der nationalen Arbeiterbewegung soll wieder verschwinden. Das Heidelberger Programm der SPD soll wieder die Grundlage sein. Auf dieser Basis, so heißt es, sollte Kietzsch in Zukunft den Volksstaat dirigieren. Kietzsch hat das abgelehnt. Er scheidet aus der Redaktion des Volksstaates aus und will mit Winnig in Berlin die Fortführung seiner Politik betreiben.

Praktisch bedeutet dieser Schritt der USPD-Deutschen — von Jähzorn kann man nicht reden, da sie nichts zu fassen haben —, daß sie erstens die Angriffe ihrer Koalitionsschergen abwehren, zweitens aber auch die Vorbereitung für ihre Rückkehr in die SPD treffen wollen. In der bürgerlichen Presse wurden an diese Vorgänge in der USPD alle möglichen Vermutungen angeknüpft. Die Dresdner Neuesten Nachrichten schrieben gestern schon davon, daß in einigen Kreisen die Vermutung vorhanden sei, daß die USPD schon für den heute zur Tagesordnung stehenden Auflösungsantrag der KPD stimmen werde. Diese Behauptung zeigt zwar, wie sehr die sächsischen Kapitalisten über den Zerfall der USPD, ihrer bisherigen Retterin in der Not, erschrocken sind, insbesondere da die Verhältnisse ja noch nicht so weit fortgeschritten sind, daß die SPD in Sachsen schon Koalition macht. Aber gerade weil dies noch nicht geschieht, werden auch heute die USPD-Deutschen nicht für den Auflösungsantrag stimmen.

Der Volksstaat drückt nun gestern eine Erklärung ab, daß die Mitteilungen nur insoweit zuträfen, daß Kietzsch sich einem Beschluß der USPD-Leitung nicht habe fügen wollen, deswegen scheidet er aus der Volksstaatsredaktion aus. Alles andere, was gesagt wurde, sei falsch. Dieses Dementi bestätigt aber nur das, was in der sächsisch-böhmischen Korrespondenz gemeldet wurde. Bezeichnend ist ja auch, daß der Volksstaat, trotzdem schon die gesamte bürgerliche Presse Stellung nimmt, nicht sachlich zu den Vorgängen Stellung nimmt. Richtig dürfte auch wohl sein, was heute früh die Leipziger Neuesten Nachrichten schreiben, daß die USPD darauf hinziele, im Laufe der nächsten Monate eine neue Regierungskoalition anzubahnen.

Daß die USPD als Partei erledigt ist, das wissen die Helldt und Bethke genau, deswegen ihr Rückzug in den Hufen der SPD. Sehr beachtlich ist dabei, was gestern der Dresdner Anzeiger schreibt: „Die Rückkehr dieses Flügel in die Sozialdemokratische Partei gilt nur noch als eine Frage der Zeit und der Bedingungen, die die Sozialdemokratische Partei für die Wiederaufnahme stellen wird.“ Das ist überdies die richtige Schlussfolgerung. Nicht nur, weil auf Grund des Bankrotts des USPD-Wadens dieser Weg für die Helldt und Konsortien der einzige Weg bleibt, sondern auch, weil die SPD durch die Koalitionspolitik, durch Regierungsbildung im Reich, wieder eine stärkere An-

Betriebsdelegationen fordern Amnestie

Sozialdemokrat Landsberg lehnt die Amnestieforderung für Max Hoelz und Margies ab

Berlin, 14. Juni. (Eig. Drahtber.)
27 Delegationen, bestehend aus 100 Teilnehmern aus verschiedenen Betrieben, darunter 40 Frauen von politischen Gefangenen, begaben sich zum Reichstag, um bei Eröffnung ihre Forderung nach Amnestie den Fraktionen der einzelnen Parteien zu unterbreiten. Für die kommunistische Partei empfing Abgeordneter Höllein die Arbeiter und Arbeiterinnen, unter den 18 Sozialdemokraten waren. Einige Delegationen sprachen bei den übrigen Fraktionsführern vor. Eine Gruppe suchte einen Abgeordneten der Demokraten auf, wo ihnen erklärt wurde, daß ihre Fraktion noch nicht Stellung genommen hat. Für die SPD erwählten die Delegierten Landsberg, er sagte, daß er keine Zeit habe, weil er zur Fraktionssitzung gehen müßte. Er wurde daraufhin gefragt, wie er sich zur Amnestie stelle und erklärte, daß er den Delegierten verraten könne, daß eine Amnestie erlassen würde für alle diejenigen, die während der Inflation ohne Verbrechen begangen haben. Eine Amnestie für Max Hoelz und Max Hoelz käme nicht in Frage, weil die Deutschnationalen sonst auch für die Fernemörder der Amnestie verlangen. Margies und Hoelz könnten nur einmal durch einen

„Snadenakt“ freikommen. Er weiß nicht, ob das die offizielle Ansicht der Fraktion der Sozialdemokraten sei, da die Fraktion noch nicht Stellung zu diesen Fragen genommen hat.

Die Kommunisten präsentieren Arbeiterforderungen

Die kommunistische Reichstagsfraktion trat am Mittwoch nachmittag zur Konstituierung des Fraktionsvorstandes zusammen. Gewählt wurden die Genossen Thälmann, Stöcker, als weitere Mitglieder des Fraktionsvorstandes die Genossen Wendt, die Genossen Döngel, Ewert, Koenen u. a. Die Fraktion beschloß, Anspruch auf den Vizepräsidenten im Reichstag zu erheben und wurde dazu Genosse Geisler vorgeschlagen. Neben dem bereits eingebrachten Amnestieantrag beschloß man weiter, sofort einen Gesetzentwurf einzubringen wie Sicherung des Achtstundentages, Beilegung der Schlichtungsordnung, Aufhebung bzw. Senkung der Lohnsteuer, Heraushebung der Bezüge der Sozialrentner und Unterstützungsempfänger, Herabsetzung der Wohnmieten um 100 Prozent.

Die einzelnen Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion werden wir in den nächsten Tagen im Wortlaut veröffentlichen.

näherungsmöglichkeit für die NSDAP geschaffen und mit der Koalitionspolitik im Reich, auch die Voraussetzungen für eine solche Politik in Sachsen vorbereitet. Der Anzeiger schreibt gestern Abend über diese Entwicklung:

Zur die Politik in Sachsen kann die Spaltung der NSDAP möglicherweise schon in kurzer Zeit von Einfluss sein. Seit der Reichstagswahl sind auch hier Kräfte am Werke, die gegenwärtige Regierungskoalition durch die Große Koalition abzulösen. Die Nationalisten bildeten hier ein Hindernis, solange die Richtung Nietlich-Winnig noch bei ihnen zur Geltung kam. Jetzt ist dieses Hindernis beseitigt. Unter Umständen kann die Entwicklung zeigen, daß für den Fortbestand der gegenwärtigen sächsischen Regierung Schwierigkeiten entstanden sind.

Daß der Weg zur Großen Koalition auch in Sachsen für die SPD die gegebene Linie ist, haben wir schon mehrfach festgestellt. Ob dies nun mit oder ohne Landtagsauflösung erfolgt, steht noch dahin.

Ueber die Voraussetzungen dazu kann ein andermal eingehender gesprochen werden. Die Kräfte, die am Werke sind, sind nach dem, was man in der Presse gelesen, die Demokraten. Wenn aber der Anzeiger, das Organ der Volkspartei schreibt, daß das Hindernis für die Große Koalition die NSDAP unter der Nietlich-Winnig-Richtung war, dann darf man wohl annehmen, daß auch noch andere Kräfte für eine solche Regierungs-umbildung am Werke sind. Es werden wohl, im Zusammenhang mit der Koalitionsbildung im Reich, Fäden nach dieser Richtung gezogen. Und nach dieser Seite hin sind nun wieder die Bemerkungen der paar sozialdemokratischen Zeitungen, die gestern schon zu der Frage Stellung nahmen, sehr interessant. So schreibt gestern die Dresdner Volkszeitung:

In welcher Richtung also will man wecheln, ohne daß sich Nietlich' Trabanten bis auf die Knochen lächerlich machen und blamieren? Will man außenpolitisch zurück zur Erfüllungspolitik, weg vom Rationalsozialismus? Was untersteht dann die neueste NSDAP-Richtung noch von der Sozialdemokratie? Das Bekenntnis zu unverrückbaren politischen Grundlinien, auf die wir Wert legen! Oder etwa die Koalitionspolitik? Es gibt in der Sozialdemokratie keine grundsätzlichen Gegner der Koalitionspolitik. Der Unterschied wäre auch hier nur die unmögliche nationalliberale Tonart der NSDAP-Führer und die Kleinbürgerliche Knochenverweichung ihrer „Koalitionspolitik“.

Das ist trotz der Schimperei keine klare Abgabe, eine solche ist in dem ganzen Artikel nicht enthalten. Aber das ist die Feststellung, daß, wenn Nietlich verschwinden, die NSDAP nicht mehr von der SPD trennt, denn die SPD ist auch nicht grundsätzlich gegen die Koalitionspolitik. Die SPD will auch in Sachsen in die Koalition, aber dies soll eventuell geschehen durch das Mandat einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die Unterstützung eines solchen Mandats einmal als der Preis aufsteht, der von der NSDAP für ihre Wiederaufnahme gefordert wird.

Wie in der Dresdner Volkszeitung, so wird auch in der Leipziger Volkszeitung Stellung genommen. Da dort aber die oppositionelle Stellung der Arbeiter noch stärker ist, pointiert die Leipziger Volkszeitung vorfichtiger. Sie schreibt:

Die nächste Zukunft wird lehren, ob es Wahrheit ist, daß die Nationalisten ihr Parteiprogramm, daß sie erst vor wenigen Monaten zur Freude des Bürgertums geschaffen haben, über Bord werfen wollen. . . . Diese Sorte Staatspolitiker wird selbst nach dem Rücktritt Nietlich' und dem damit drohenden Auseinanderfall der NSDAP niemals den Mut aufbringen, dem Bürgertum die Gefolgschaft zu verjagen, wenn dieses zugunsten der Arbeiterschaft entscheidet.

Daß, was hier die Leipziger Volkszeitung schreibt, ist ja doch auch nichts anderes als die freundschaftliche Aufforderung, „eine Vinschwendung“ durchzuführen.

Die SPD wird sich nicht lange kräuben, die verirrten Söhne aufzunehmen und an Stelle von Niethammer wird dann wohl Hermann Liebmann, Edel oder Böckel erklären, es sei mehr Freude über einen Sünder der Buße tue, als über viele Gerechte, die der Buße nicht bedürfen. Die Arbeiter haben alle Ursache, die Entwicklung in Sachsen aufmerksam zu beobachten. Die NSDAP hat ihre Aufgabe erfüllt, die SPD schickt sich an, ihre Rolle zu übernehmen. Abklärung vor, heißt es. Das, was wir vorausgesetzt haben, tritt ein. Die Arbeiter dürfen sich dabei durch die Dementierkünste der NSDAP, durch das Geschrei und die einseitigen Manöver der SPD keinen Augenblick täuschen lassen.

Arzt scheidet aus dem Landtag aus

Wie eine hier. Korrespondenz erzählt, hat der Landtagsabgeordnete Arztur Arzt sein Mandat zum sächsischen Landtag niedergelegt. Arzt ist bekanntlich bei den letzten Reichstagswahlen auf der sozialdemokratischen Liste von Ostschlesien in den Reichstag gewählt worden. Arzts Nachfolger ist der Gewerkschaftssekretär Tempel, Freiberg, der bereits dem vorigen Landtag angehörte.

Sozialdemokraten mit Stahlhelm als Ehrenpalier im nationalistischen Rummel

Bremen, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Bremer SPD-Zeitung veröffentlicht gestern einen Aufruf, der zur Beteiligung an dem Empfang der Ozeanflieger am 19. Juni auffordert und der unterzeichnet ist vom Stahlhelm, dem Reichsbanner und anderen reaktionären Organisationen. Dazu im Zustimmungssinne eine Resolution der SPD-Funktionärerversammlung, daß das Reichsbanner am Empfang teilnehmen soll und gemeinsam mit dem Stahlhelm Spalier stehen muß.

Unter der Arbeiterschaft herrscht über diese Geschichte ungeheure Empörung. Der DMB-Beschlummerte Scholz (SPD) hat sich dagegen gewendet, daß der Name Arbeitskammer unter den Aufruf gesetzt ist, ohne seinen Willen, trotzdem er Vorsitzender ist.

Rebellion der Zentrumsarbeiter

München, 14. Juni. (Eig. Drahtber.) Unter der christlichen Arbeiterschaft Bayerns macht sich eine starke Unzufriedenheit über die Nichtbeachtung von Arbeiterkandidaten bei den Reichstagswahlen bei der Bayerischen Volkspartei bemerkbar. Es wurde in verschiedenen Versammlungen eine Entschlieung angenommen, in der es heißt: Die katholische Arbeiterschaft ist nicht willens, sich diese Behandlung dauernd gefallen zu lassen. Wir verlangen von unseren Führern, daß sie härtestens für eine Anerkennung als Gleichberechtigte eintreten für die Arbeiter, die in der Partei tätig sind. Wenn unsere

Der Regierungsschwacher

Die Deutsche Volkspartei fordert die Große Koalition auch in Preußen

Berlin, 14. Juni. (Eig. Drahtber.)

Der Regierungshandel geht weiter. Gestern kam die Volkspartei mit der SPD, unter dem Vorsitz von Hermann Müller, zu einer Besprechung zusammen. Der „Vorwärts“, der sonst über alles zu berichten weiß, schwieg sich aus und unterläßt seinen Lesern die wirklichen Tatsachen. Es handelt sich dabei um die Bildung der Großen Koalition in Preußen, um die Umbildung der Regierung in Preußen nach dem Wunsch der Volkspartei. Abschließende Ergebnisse konnten nicht erzielt werden, da eine Übereinstimmung erst herbeigeführt werden muß. Die Volkspartei gab ein Kommuniqué heraus, in dem die sofortige Umbildung der Regierung in Preußen zum Ausdruck gebracht wird.

Ueber den weiteren Verlauf des Regierungshandels aus Berlin gemeldet; Hermann Müller legte seine Bemühungen um die Bildung der Großen Koalition eifrig fort. Die Angelegenheit der bürgerlichen Parteien nehmen zu. Die Sozialdemokraten haben bereits erklärt, daß sie nie den Wunsch geäußert hätten, daß die Reichswehr in die Verhandlungen über die Regierungsbildung einbezogen werde, daß sie nie Anspruch auf einen Staatssekretärposten im Reichswehrministerium erhoben hätten. Die Volkspartei läßt die Sozialdemokraten warten und verlangt auch Verbreiterung der Regierung nach rechts in Preußen. Die Sozialdemokraten haben die bestimmte Zusage erteilt, daß die Verhandlungen der Volkspartei spätestens in vier Wochen beim Wiederzusammentritt des Landtages vermittelnd werden. Die Volkspartei hat wieder eine gemeinsame Sitzung der Reichstags- und Landtagsfraktion abgehalten. Dr. Curtius wurde mit den bestimmten Forderungen der Volkspartei zu Müller-Frankens entsandt. Die bürgerliche Presse glaubt nicht an Schwierigkeiten, da Müller-Frankens weitgehende Vollmachten habe und die Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien sehr „elastisch“ führe.



Die Wahlversprechungen der SPD liegen unter dem Tisch

Dem Zentrum hat die SPD bereits weitgehende Zugeständnisse gemacht, die sogar den Demokraten zu weit gehen, sodas nunmehr auch die Demokraten besondere Wünsche in der Richtung der Wahlreform und des Einheitsstaates geltend machen.

Die Volkspartei beschloß in ihrer Fraktionsitzung, sich der Wahl eines kommunikativen Sozialpräsidenten energisch zu widersetzen und die Wahl nicht anzuerkennen, da die Kommunisten sich jederzeit bewußt außerhalb der parlamentarischen Geschäftsordnung stellen.

Die Volkspartei beschloß in ihrer Fraktionsitzung, sich der Wahl eines kommunikativen Sozialpräsidenten energisch zu widersetzen und die Wahl nicht anzuerkennen, da die Kommunisten sich jederzeit bewußt außerhalb der parlamentarischen Geschäftsordnung stellen.

Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in der Arbeiterbank

Berlin, 13. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern nachmittags erschienen in der Bank der Arbeiter und Angestellten zahlreiche Kriminalbeamte und verhafteten unter aufsehenerregenden Umständen den 1. Protokuristen der Bank. Ferner wurden von etwa 10 weiteren Angestellten Fingerabdrücke genommen, als ob es sich um gemeine Verbrecher handelte. Im Anschluß daran wurden in den Wohnungen mehrerer Beamter Hausdurchsuchungen abgehalten.

Die kriminalpolizeilichen Maßnahmen sind auf Veranlassung des neuen Direktors der Arbeiterbank, Geheimrat Bachen, getroffen worden. Hinter den Kulissen der Arbeiterbank spielt sich ein Ständal ab. Herr Bachen, der von dem Vorsitzenden des DMB, Velpart, protegirt wird, ist nur durch eine außerordentliche Veranordnung persönlicher und organisatorischer Interessen an die Spitze der Arbeiterbank gelangt, die der Sozialdemokratischen Partei nahesteht. Diese Bevorzugung des früheren Ministerialdirektors und Staatsanwaltes Bachen kann niemals im Interesse der Gewerkschaften und aller weiteren Einzelner der Arbeiterbank liegen, da Herr Bachen bereits als Staatsanwalt in den Prozessen gegen Karll, Wehling und Rosa Luxemburg mitgewirkt und keine arbeiterfeindliche Gesinnung bezeugt hat. Herr Bachen verfuhr, mit Hilfe seiner früheren Beziehungen zur Polizei seine Interessen gegen das ihm nicht wohlgeahnte Personal der Arbeiterbank brutal durchzusetzen.

Der sozialdemokratische Abend verurteilt die Veranmaßung zu beschließen. Er behauptet, die Geschäftsleitung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. habe die Hilfe der Polizei zur Ermittlung eines großen Vertrauensbruchs in Anspruch nehmen müssen. Seit einiger Zeit hätten Andererseits Einsicht in die Geheimkorrespondenz genommen, die unter besonderem Beschluß ausgewahrt wurde. Der angebliche Urheber des Vertrauensbruchs, der 1. Protokurist, Dr. Schönherr, ist sofort entlassen worden. Dr. Schönherr sympathisierte mit dem bisherigen Direktor Meyer.

Verbindlich erklärter Schiedsbruch

II. Halle, 13. Juni.

Der Schlichter hat im Streit in der mitteldeutschen Metallindustrie den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses für die Tarifgebiete Magdeburg, Anhalt und Halle für verbindlich erklärt. Das Arbeitszeitabkommen für die mitteldeutsche Metallindustrie ist damit bis zum 31. Januar 1929 verlängert mit der Maßgabe, daß statt des bisherigen hundertprozentigen Zuschlages ein Zuschlag von 20 Prozent für die 49. bis 52. Wochenstunden zu zahlen ist.

Halte an am Gebet!



Kronleichen in Berlin Reichsfinanzminister Köhler (1.), Reichsanzeiger Metz (2.), Reichsanzeiger Schödel (3.), Preussischer Kultusminister

Robile berichtet über das Unglück der „Italia“

II. Rom, 13. Juni.

Die römischen Mittwoch-Blätter veröffentlichen einen amtlichen Bericht, nach dem die Funkverbindung zwischen der „Italia“ und der „Jalia“ am Dienstag schwach und sehr schlecht war. Die Lage der Robile-Gruppe war am Dienstag abend 80,88 Grad nördlicher Breite und 26,55 Grad westlicher Länge. Sie war danach in zwei Tagen nur zwei Meilen abgetrieben worden.

Ein Funkpruch Robiles gab jetzt Näheres über das Unglück der „Italia“ bekannt. Das Luftschiff war am 20. Mai in Höhe Gewichtsannahme in 500 Meter Höhe plötzlich ins Italien gekommen. Binnen zwei Minuten schlug die „Italia“ auf dem Eis auf. Die Gondel wurde zertrümmert, während die Hülle nach oben abtrieb. Bis auf zwei Verletzte seien alle anderen mit dem Schrecken davongekommen, teils Robile mit und fünf hinzu, alle hätten aus Freude über ihre Rettung Narkosekosten lassen. Am 30. Mai seien die Kapitäne Mariani und Zappi mit Professor Malmgren über die Koon-Insel nach der Insel Scoresby abgedruckt. Bei Robile befinden sich noch fünf Personen.

Die Hilfsmassnahmen für Robile

Weiterverflechtung im Polargebiet

II. Kopenhagen, 13. Juni.

Der italienische Hilfszug für Robile unter Führung Maddalenas ist Dienstag in Kopenhagen eingetroffen. Am heutigen Mittwoch um 11 Uhr wird das Flugzeug der Weiterflug über Stockholm, Uleua und Rado nach Kingsbay antreten. Es hat zahlreiche Fallschirme an Bord, mit deren Hilfe Proviant und Ausrüstungsgegenstände abgeworfen werden sollen.

Wie aus Kingsbay verlautet, hat sich am Dienstag ein Witterungssturm vollzogen. Der Wind ist nach Nordwesten umgesprungen und hat an Stärke bedeutend zugenommen. Man befürchtet, daß dadurch der verunglückten Italia-Raumschiff große Schwierigkeiten bereitet werden. Leutnant Erikson hat die „Hobby“ wieder erreicht und ist dort mit Kapitän Ritter-Larsen zusammengetroffen. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß beide Flieger bereits heute zu einem Flug nach der Koon-Insel aufsteigen werden. Sie können allerdings nicht mehr ausweichen, als daß sie ein wenig Proviant für die Schiffbrüchigen abwerfen, falls sie sie auf dem Eis finden.

Die Lage in Tientsin

II. London, 13. Juni.

Nach Meldungen aus Peking sind der Chef des britischen China-Geldwäders, Viceadmiral Sir Reginald Ingham und der Oberbefehlshaber der britischen Landstreitkräfte in China, Generalmajor Wardrop am Mittwoch in Tientsin eingetroffen. Zwischen den Nord- und Südgenerälen ist eine Verständigung über die Aufrechterhaltung der Ordnung im Bezirk Tientsin im Gange gekommen. General Futschi hat der Bevölkerung von Tientsin in einem Aufruf die Versicherung gegeben, daß alle notwendigen Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen werden seien und gegen Ruhestörer rüchsigstes vorgegangen werde. Das für die öffentliche Sicherheit in Peking bisher verantwortliche Dreier-Komitee ist wegen der Entziehung eines Regiments der 47. Aufwäcker Brigade durch General Dantu zurückgetreten. Der entscheidende Faktor in Nordchina ist nunmehr Fung, und man erwartet, daß in Kürze Tientsin und wahrscheinlich auch Peking kontrollieren wird, wo die Chinesen ihm nunmehr freundlich geworden sein sollen. Zwischen Tientsin und Peking ziehen sich etwa 80 000 mandchurische Truppen nach dem Norden zurück.

Tientsin in südchinesischer Hand

II. London, 13. Juni.

Wie aus Tientsin gemeldet wird, sind die Schiffs-Truppen am Dienstag in Tientsin eingetroffen. Ihr Befehlshaber hat die Übernahme der Stadverwaltung beim Abzug der Nordtruppen am es im Hafen von Tientsin zu Plünderereien.

Das englische Kriegsschiff „Avalone“ ist zum „Schiff“ der

Subiläumstongress der Arbeiterkonsumvereine

Die kommunistischen Delegierten beherrschen die Diskussion - Bureaukratenhege gegen die Sowjetgenossenschaften - Die proletarischen Forderungen werden nur im Kampf gegen die sozialdemokratisch-bürgerliche Regierung durchgesetzt!

(Eigener Bericht, trotz Nichtzulassung kommunistischer Pressevertreter)

Dresden, 13. Juni.

Der 8. Tagungstag beginnt mit dem Referat des Geschäftsführers der GGB, Eberling (Hamburg), über die genossenschaftliche Fleischverjorgung.

Zuerst bringt er eine interessante Statistik über den außerordentlich geringen Fleischverbrauch, den sich die deutsche Arbeiterfamilie leisten kann. Obwohl im Reichsdurchschnitt beim Lebensmittelverbrauch 12,5 Prozent auf Fleisch fallen, beträgt der Verbrauch pro Kopf und Jahr nur 32 Kilo. In der Genossenschaft ist der Fleischverbrauch pro Kopf 32 Kilo. Von 540 Millionen Mark Verbrauch von Fleisch- und Wurstwaren erwirtschaften die Konsumvereine nur 100 Millionen (1926). Im letzten Jahre hatten 100 Konsumvereine Fleischereien mit 132 Millionen Umsatz. Demgegenüber gibt es 350 Bäckereien mit 160 Millionen Umsatz. Fleischereien sind nur bei guter Leitung durchführbar, deshalb ist eine zentrale Nachbereitung eingerichtet, mit der Hand in Hand gearbeitet werden muß. Die genossenschaftliche Fleischverjorgung ist mit dem Ankauf des Rindfleischbetriebes in Oldenburg in ein neues Stadium getreten. In Zukunft muß geprüft werden, ob es zweckmäßig ist, zentral oder lokal zu regeln. Die hohen Schlachtabfälle schaden uns sehr, aber wir hoffen auf den verbraucherfreundlichen Kampf.

Erst ist die Frage der Konkurrenz mit den Warenhäusern und den Kleinleischern. Die Warenhäuser nehmen den Lebensmittelpkauf als Vorkauf und verkaufen sie teilweise unter Selbstkosten. Kleinleischerbetriebe gibt es über 80.000. Bei diesem Uebermaß an Fleischereien und Fleischbetrieben ist es unverständlich, daß das Reich jetzt 4 Millionen zur Errichtung einer agrarischen Fleischfabrik bereitgestellt hat. Wir protestieren auf das entschiedenste, daß so das Geld hinausgeschmissen wird. Daß die Sozialdemokraten in dem 33. Ausschuss des Reichstages den kommunistischen Antrag niedergelassen haben, wonach diese Millionen für langfristige Lieferverträge zwischen Landwirtschaftsgenossenschaften und Konsumvereinen und Gemeinden zur direkten Fleischverjorgung verwendet werden sollen, verurteilt er selbstverständlich dem Kongress mitzuteilen. Daß dieser Protest gegen die Bürgerblockregierung sich in einen Kampf gegen die Koalitionsregierung vermindert, muß ich selbstverständlich ebenfalls bemerken.

Auf den Zusammenhang mit diesen Vorkäufen und dem Redner der Opposition, Gen. Ertlinger (Schwarzenberg), ein Hinweis sei der Erwerb der Rölls-WG, ein Vorkauf, der anerkannt werden muß. Aber entscheidend kommt es darauf an, die Ursachen der hohen Preise zu bekämpfen und diejenigen Hemmnisse zu beseitigen, die der Entwiklung der Genossenschaftsbewegung entgegenstehen. Scharf müsse man gegen die Mutation vorgehen, die jetzt hier propagiert werde, daß die Koalitionsregierung von Hermann Müller alle Fragen lösen werde. Sie wird genau so gut nichts tun, wie die Heldregierung in Sachen nichts getan hat. Es ist auch wahr, daß die Sozialdemokraten im Reichstag unseren kommunistischen Antrag bekämpft haben, die Millionen für den Schweineabzug zur direkten Fleischverjorgung für die Arbeiterklasse zur Verfügung zu stellen. Auch in dieser Frage würden die Massen der Konsumvereine mobilisiert werden müssen. Aber das hat der Zentralverband unterlassen, genau so, wie er keine Kampfkampagne gegen den Gefrierfleischhandel geführt hat. Solange wie die Genossenschaftsbewegung isoliert ist und nicht mit den Genossenschaften zusammen arbeitet, und dabei ein laus proletarisches Genossenschaftsprogramm aufstellt, würden die hohen Preise nicht gelöst werden. Wir sind für den geschäftlichen Austausch; aber die Konsumvereinsbewegung muß ein Teil der Arbeiterbewegung sein.

Das Thema 'Internationale genossenschaftliche Angelegenheiten' bemerkt Kask (Hamburg), um im belanzten 'Reichsmenton' seine übliche Volkswissenschaftliche vom Stapel zu lassen. Zu 80 Prozent belachtigte er sich mit den russischen Sowjetgenossenschaften. Er bezeichnete ihre Vertreter in der Genossenschaftsinternationale als Schwächer. Auf dem Kongress in Stockholm, wo die Russen für ein Programm internationaler proletarischer Genossenschaftspolitik gekämpft haben, habe ich gezeigt, daß es ein großer Fehler gewesen wäre, die Russen überhaupt international aufzunehmen. Auch der Generalsekretär Man habe keine Geduld mehr, 'mit diesen Kerls' weiterarbeiten. Die Russen würden schreien, daß die Internationale gespalten werden solle, aber diese leien selbst die Spalter. Es bleibe dabei: der russische Fremdkörper muß aus der Internationale entfernt werden! Auch die früheren tschechischen Freunde gingen jetzt gegen die Russen vor.

Unter großer Zustimmung des Kongresses sprach dann der Aufbaudelegierte, Gen. Hänel, über die unerhörte Stellungnahme des Zentralverbandes gegen die Sowjetgenossenschaften. Er brachte Beispiele über das antisowjetische Vorgehen und verurteilte dieses scharf. Daß die ganze Hege der deutschen Genossenschaftsbureaufraie mit der allgemeinen Völkerverbandspolitik und der Entfremdung der UESN zusammenhänge, läge auf der Hand und sei um so härter zu verurteilen. Aus eigener Anschauung könne er sagen, daß die Artikel in der 'Rundschau' tendenziös und falsch seien und sich von der bürgerlichen Hege nicht unterscheiden. Er protestierte, daß die Sowjetgenossenschaften nicht auf die deutschen Kongresse eingeladen würden.

Gen. Bowitzki (Halle) wies auf die Tatsache hin, daß sich die russische Genossenschaftsbewegung unter der Diktatur des Proletariats fürmlich entwickelt, und verurteilte die Einseitigkeitspolitik, die die deutsche Delegation in Stockholm gegen die Russen getrieben habe. Er gab der Solidarität der deutschen Arbeiterkonsumvereine mit den Sowjetgenossenschaften Ausdruck und verwies auf die vom Konsumverein Limbach vorgelegte Resolution, die zur Tagung nicht zur Behandlung zugelassen worden war.

Der Sozialdemokrat Virus (Berlin), der bereits in Stockholm in dieser Frage gegen die Sowjetgenossenschaften aufgetreten war, erklärte auch hier wieder, daß die Kampfkampagne der Russen unannehmbar seien. Die Arbeiterbewegung marschiere in drei Säulen, und jede für sich getrennt.

Feuerstein (Stuttgart) polemisierte darauf gegen die kommunistischen Redner und erklärte, daß, wenn die Genossenschaftsbewegung vorwärts wolle, dann müsse die kommunistische Auffassung vernichtet werden.

Lorenz (Hamburg) verteidigte sich gegenüber seinem Kritiker in Stockholm. Sie hätten dort so scharf gegen die Russen aufzutreten müssen, weil die russische Linie gefährlich sei.

Im Schlußwort erklärte Kask, alle Kritik in der Rundschau beruhe auf authentischem Material. Die Russen haben seinerzeit unsere Gastfreundschaft mit Köpfen getreten. In allen Ländern mißbrauchten sie schände die Gastfreundschaft, da sie überall dieselben politischen Geschäfte machen wie in Deutschland.

Zum Fortbildungswesen spricht Sierakowski, der Professor der Konsumbewegung. Wie üblich, jonglierte er mit einem Haufen von Zahlen, der beweist, daß die Quantität der Bildungsveranstaltungen immer größer wird. Besonders wichtig sei die Heranziehung der Frau.

In der Diskussion spricht Genosse Lud (Gotha). Er stellt fest, daß das Proletariat die Führung in der deutschen Konsumvereinsbewegung hat und daß deshalb klar in allen Wechereinstellungen das proletarische Gesicht gezeigt werden

muß. Im Interesse der historischen Wahrheit kritisierte er die Hamburger Geschichtslitteratur, die nicht die sozialen Bewegungen der Bewegung aufzeige. Kask behandelte bei Loffenbar mit Absicht auch die erste Periode der deutschen Konsumvereinsbewegung in den lehtziger Jahren, die sich um Eduard Pfeiffer gruppiert. Diese sei aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen und habe das Hamburger 'neue Programm' längst vorweggenommen. Bezeichnend sei auch, daß der wesentlichste Teil des Gründungsaustrages von 1903 verheimlicht werde. Natürlich sei es heute den Gründern nicht mehr angenehm, zu lesen, wie sie damals als 'rote Genossenschaftler' gegen die Bürgerlichen losgezogen seien. Heute müssen wir Kommunisten uns in derselben Weise gegen sie wehren. Die alte, wahre proletarische Genossenschaftsgeschichte wird uns eine gute Propaganda sein.

Genossin Stammerger (Gotha) appelliert an den Kongress, stärker die Frauen als Funktionärinnen heranzuziehen. Empfindend sei es, beispielsweise zu lesen, daß Sierakowski die Ausstellung der Frauengilde in Stockholm als 'Arbeit sührender Kinder' bezeichnet habe. Die Frauen müssen geschützt werden, aber nicht reformistisch, sondern so, daß die Konsumbewegung ein wirkliches Stück Arbeiterbewegung sei.

Sozialdemokratin Lohdahl (Berlin) kritisierte scharf den lehtjährigen Bericht von Kask. Die Genossenschaftler betrachteten unsere Mitarbeit nicht ernst und sachlich.

Parade der Hohenzollernschranzen

Kaiser Wilhelm, König Rupprecht, König Alfred von Württemberg und - Herr v. Hindenburg, Präsident der Republik, begrüßen die Feier der Fürsten-Offiziere

(Von einem Sonderberichterstatter)

Der 'Deutsche Offiziersbund' wie sich der monarchistische Propagandaverein der abgetauften wilhelminischen Offiziere, gleichzeitig Verlorungsanstalt der Felder der großen Zeit auf Kosten der republikanischen Steuerzahler, nennt, hält gegenwärtig seinen Bundestag 1928 ab. Er hatte am Montag zu einem Begrüßungsabend eingeladen. Der der handlung: Plah der Republik. In der Einladung hieß es rüchstlos nur: 'Bei A roll, nächst der Stegshöhe'. Von den eingeladenen und erwarteten 2000 Klemmerleiden-Bekämpfern waren allerdings kaum 4-700 erschienen. Auch hier raucht der deutschnationale Pfeilsteiger durch den Saal, wo die Parade der entschundenen feudalen Herrlichkeit helgen soll.

Um 10 hundertfünfzig tobte sich der übriggeliebene Käufel aus. Als um 20.30 Uhr unter Musikbegleitung der Hehl von Dels in Friedenshuldenuniform feierlich im Saal Einzug hielt, da gab es den ersten Höhepunkt der Vereinerung der Hohenzollernschranzen. Die alten und die weniger alten Weiber wählten im tiefen Hoffniss den Boden. Ein atemberaubendes Gedränge entstand, um einen Strahl der transpirierenden Sonne zu erhalten. Aufgeregt schnarrten und wackelten die abgetauften Exzellenzen.

Dann verlas der verfallte Bundesvorsitzende der General Fautier, seine Begrüßung. Bemerkenswert für unentwegte Republikaner aus dem Erzug der Heiligung des Generalssoffizis, das der Fund nach dem Zusammenbruch wo er auseinandergefallen sei es dann doch verbunden habe, im jähren Kampf seine Positionen jurisdizieren und die materielle (!) Seite der Wehrregimenten der alten Soldatenmischlacher zu sichern. Mit dem Schlachtruf gegen Marxismus, Internationalismus und Sozialismus trat er ab.

Dann ließ sich der Baltimere, Graf v. d. Holt vernehmen. Zunächst begrüßte er unter großem Beifall den anwesenden Schnapsbrenner Selbde vom Stahlhelm, der es am besten verstanden habe, die Traditionen der alten Armee in seiner Organisation fortzuführen. Seine weitere Rede war eine einseitige Kriegsanfahre. Er beschrieb die Kriegsvorbereitungen der

Genossin Hermann (Halle) sprach scharf gegen die Haltung des Zentralverbandes in Bezug auf die Heranziehung der Frauen. Lebhaft Zustimmung findet sie, als sie einen Ausspruch des Zentralverbandes zitiert, daß er eine Frau in den Aufsichtsrat 'eincinehmen wolle, die akademisch gebildet' sei. Das ist ein Schlag ins Gesicht der proletarischen Frau.

Sozialdemokrat Wener (Stettin) tritt gegen die Ansichten der Hamburger Führer auf und verlangt, daß man die Frauen gleichberechtigt zur Mitarbeit heranziehen soll.

In seinem Schlußwort erklärt Sierakowski, daß sich der Zentralverband entschieden gegen die gestern stattgefundene Sonderkonferenz der Frauen wenden müsse. Solche Eigenbrötelei gebe es auf dem Kongress nicht! Es wird ihm zugeredet, daß dann der Zentralverband selber eine solche Konferenz einberufen müsse.

Es folgen dann noch einige Berichte und die übliche Wiederwahl der alten Bureaukraten.

In seinem Schlußwort erklärt Lorenz, daß es eine schöne Jubiläumsvorstellung gewesen sei, und dankt dafür allen Beteiligten. So einen gewaltigen Festzug habe es wohl noch nirgends in der Genossenschaftsbewegung gegeben. Im nächsten Jahr findet der Kongress in Mannheim statt.

Obwohl die kommunistische Fraktion in der Diskussion den Kongress beherrschte, war sie in ihrer Zahl nur klein, weil bei der letzten Verbureaukratisierung die Delegierten nicht von den Mitgliedern gewählt sondern auf Anordnung des Zentralverbandes von der Verwaltung ernannt wurden. Von 990 stimmberechtigten Delegierten waren 38 Kommunisten, dazu kommen noch 14 Kommunisten, die ohne Stimmrecht delegiert waren.

Morgen findet noch die 34. Generalversammlung der GGB statt, sowie die Generalversammlung der Verlagsgesellschaft.

westlichen Staaten und ihre Sozialisten. Der Führer der vaterländischen Verbände der deutschen Vosagen-Republik malte dabei insbesondere die Gasstrigvorbereitungen als Sachverstandiger für beratig passifische Maßnahmen aus. Er kam zum Schluß, daß die Zukunft des Deutschen Offiziersbundes mit der Wehrhaftigkeit der deutschen Nation stehe und falle. Mit Bitterkeit verwies er auf die 'ungeheure Dutschlagkraft', die ädhe Energie der gesunden und kräftigen unteren Volksklassen zu deren Führer die Intelligenz des nationalen Deutschlands prädestiniert sei. Nationalerhand, Jungbo, Jung-Stahlhelm die Wehrverbände hätten hier eine große Aufgabe zu erfüllen. Alles komme vor allem auf die Erhöhung in den Sportverbänden an. Nicht so sehr durch Drill abstoßen, wie die Massen mit Wehrsport, SchikSport, Geländesport gewinnen. Als Musterbeispiel für ein hoffnungsvolles System verwies der Rede auf die militärische Erziehung des weichen Ninland.

Dann kam der Clou des Abends, die telegraphischen Begrüßungen wurden verlesen. Telegramm Nr. 1 von Herminens Gatten aus Doorn Herr Houtier bringt ein trübendes Hurra aus, Hell dir im Singertrans' steigt gen Himmel. Telegramm Nr. 2 vom reichlich abendunenden Herrn Alfred König von Württemberg. Telegramm Nr. 3 vom doosen König Rupprecht aus dem Bayernlande. Und dann - wie sollte er fehlen - Telegramm Nr. 4 vom 'Retter des Vaterlandes', vom Präsidenten der demokratischen Republik, Herrn Generalfeldmarschall v. Hindenburg. Er brachte es allerdings nur auf ein mögliches 'Bravo' in der Runde. Dieses 'Bravo' mit Rücksicht der tiefbefannten Anprundnahme des alten Herrn, der am gleichen Tage bekanntlich Herrn Hermann Müller im Namen des deutschen Volkes mit der Reichstanzlerkammer betraute.

Eine würdige Feier in einer würdigen Republik. Die imperialistischen Parteien haben nicht umsonst ihre Fürken abgefunden. Sie wissen, was sie für den kommenden Krieg an ihnen, ihren uninformierten und nichtuniformierten Lakalen haben.

Vom Tage

Wieder ein schweres Baunnglück in Prag

Prag, 14. Juni.

Am Mittwoch hat sich in Prag zum dritten Male innerhalb ganz kurzer Zeit ein schweres Baunnglück ereignet, und zwar durch Einsturz eines in der mittleren Stadt bereits bis zur Höhe des ersten Stockwerkes ausgeführten Geschäftshausneubaus. Der bauleitende Ingenieur und ein Arbeiter fanden den Tod. Drei Arbeiter werden vermisst. Man befürchtet, daß sie unter den Trümmern begraben liegen.

Vier Personen vom Eisenbahnzug überfahren

Rom, 14. Juni.

Bei einem Eisenbahnübergang bei Mofetta wurde ein Wagen von einem Güterzug erfasst und überfahren. Die vier Insassen des Wagens wurden getötet.

Schweres Flugzeugunglück über Kopenhagen

Kopenhagen, 15. Juni.

Am gestrigen Mittwoch um 11 Uhr hat sich mitten in der Stadt Kopenhagen ein furchtbares Flugzeugunglück ereignet. Ein von einem Unteroffizier geführtes und mit 2 Seefabekten bemannetes Marineflugzeug, das zu einem Übungsflug aufgestiegen war, flog aus unbekanntem Gründen in so geringer Höhe über der Stadt, daß es gegen ein Dach stieß, infolge des Zusammenpralls wurden alle drei Flieger aus dem Flugzeug geschleudert. Einer von ihnen stürzte durch das Dach in einen Bodenraum, während die beiden anderen auf das Straßenniveau fielen. Alle drei waren sofort tot. Die unbemannte Maschine legte ihren Flug allein fort und stürzte in einer Villenkolonie auf die Straße nieder. Dabei wurde ein Knabe schwer verletzt.

Hungersnot in Nord-Brasilien - Ueber 100 Tote

London, 12. Juni. (Tel.) Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, leidet das nördliche Brasilien schon seit längerem unter außerordentlich harter Trockenheit. Große Vieherverluste und jeglicher Nahrungsmittelmangel haben bis heute schon über 100 Menschenleben gekostet. Besonders schwer heimgeht die Ueberlebenden dieser Stadt sind zum großen Teil ausgewandert. In der Stadt selbst haben Banditen das Regiment an sich gerissen.

Bezirksparteiarbeiterkonferenz

zur Behandlung der Gewerkschaftsfragen am Sonnabend den 16. Juni, 17 Uhr, und Sonntag den 17. Juni in Dresden

Tagungsordnung:

- 1. Bericht vom AGZ-Kongress.
2. Die Wirtschaftslage, Theorie und Praxis der Gewerkschaften, der Gewerkschaftslehre des AGZ (Referent Vertreter des AGZ).
3. Die gewerkschaftlichen Aufgaben im Bezirk.
Satzkarten und Mandate sind anzufordern und sämtliche Anfragen sind zu richten an Gewerkschaftsleitung der Bezirksleitung.

Arbeiterport

Die ersten Sportler in Weisshaus.

Am Sonntag und Montag fand in Weisshaus der Sporttag für den Kreis der Arbeiter statt. Der Tag war durch die Teilnahme der Arbeiter an den verschiedenen Sportarten sehr lebhaft. In der ersten Runde nahmen an den verschiedenen Sportarten teil: Fußball, Handball, Tischtennis, Schach, etc. Die Teilnehmer waren sehr zahlreich und die Wettkämpfe wurden sehr lebhaft geführt. Die Sieger wurden wie folgt festgestellt:

Fußball: 1. Weisshaus, 2. ...
Handball: 1. ...
Tischtennis: 1. ...

Handball: Am Sonntag fand ein Handballspiel zwischen Weisshaus und ... Das Spiel wurde sehr lebhaft geführt und die Weisshausler siegten mit ...

Fußball: Am Montag fand ein Fußballspiel zwischen Weisshaus und ... Das Spiel wurde sehr lebhaft geführt und die Weisshausler siegten mit ...

Handball: Am Montag fand ein Handballspiel zwischen Weisshaus und ... Das Spiel wurde sehr lebhaft geführt und die Weisshausler siegten mit ...

Fußball: Am Montag fand ein Fußballspiel zwischen Weisshaus und ... Das Spiel wurde sehr lebhaft geführt und die Weisshausler siegten mit ...

Der 18. Juni fand auf der Straße Weisshaus-Graben ein ...

Die Teilnehmer waren sehr zahlreich und die Wettkämpfe wurden sehr lebhaft geführt. Die Sieger wurden wie folgt festgestellt:

Fußball: 1. Weisshaus, 2. ...
Handball: 1. ...

Handball: Am Sonntag fand ein Handballspiel zwischen Weisshaus und ... Das Spiel wurde sehr lebhaft geführt und die Weisshausler siegten mit ...

Fußball: Am Montag fand ein Fußballspiel zwischen Weisshaus und ... Das Spiel wurde sehr lebhaft geführt und die Weisshausler siegten mit ...

Handball: Am Montag fand ein Handballspiel zwischen Weisshaus und ... Das Spiel wurde sehr lebhaft geführt und die Weisshausler siegten mit ...

Fußball: Am Montag fand ein Fußballspiel zwischen Weisshaus und ... Das Spiel wurde sehr lebhaft geführt und die Weisshausler siegten mit ...

Handball: Am Montag fand ein Handballspiel zwischen Weisshaus und ... Das Spiel wurde sehr lebhaft geführt und die Weisshausler siegten mit ...

Fußball: Am Montag fand ein Fußballspiel zwischen Weisshaus und ... Das Spiel wurde sehr lebhaft geführt und die Weisshausler siegten mit ...

Die Teilnehmer waren sehr zahlreich und die Wettkämpfe wurden sehr lebhaft geführt. Die Sieger wurden wie folgt festgestellt:

Fußball: 1. Weisshaus, 2. ...
Handball: 1. ...

Handball: Am Sonntag fand ein Handballspiel zwischen Weisshaus und ... Das Spiel wurde sehr lebhaft geführt und die Weisshausler siegten mit ...

Fußball: Am Montag fand ein Fußballspiel zwischen Weisshaus und ... Das Spiel wurde sehr lebhaft geführt und die Weisshausler siegten mit ...

Handball: Am Montag fand ein Handballspiel zwischen Weisshaus und ... Das Spiel wurde sehr lebhaft geführt und die Weisshausler siegten mit ...

Fußball: Am Montag fand ein Fußballspiel zwischen Weisshaus und ... Das Spiel wurde sehr lebhaft geführt und die Weisshausler siegten mit ...

Handball: Am Montag fand ein Handballspiel zwischen Weisshaus und ... Das Spiel wurde sehr lebhaft geführt und die Weisshausler siegten mit ...

Fußball: Am Montag fand ein Fußballspiel zwischen Weisshaus und ... Das Spiel wurde sehr lebhaft geführt und die Weisshausler siegten mit ...

Handball: Am Montag fand ein Handballspiel zwischen Weisshaus und ... Das Spiel wurde sehr lebhaft geführt und die Weisshausler siegten mit ...

Treffpunkt
 In Dresden-N.
 Rest. Hermann Trompler
 Eisenberger Str. 13 / 1 Minute vom Krüger Platz / Lötzen 10, 15, 17 / 2 Verkaufszimmer 2 Tage frei / Fernruf Nummer 53867

Groß-Graupa!
 Gasthof Erbgericht
 Saal, Bereisungszimmer, Garten, überdacht den Vereinen zur Verfügung / Direkte Autobahnabfahrt / Telefon: Dillisch Nummer 123 / H. Wille und Frau

Möbel & Kopprasch
 Tischlerei
 PIRNA
 Alte Dresdner Straße

Radeberger Pilsner
Felsenkeller Lager
 in Flaschen und Gebinden / liefert frei Haus
Paul Müller
 Bierhandlung
 P. Copitz / Telefon 652

Sanitäts-Haus Frauenhilfe
 Pillnitzer Straße 16 (Nähe Rathausplatz)
DORA WELLNER
 Kosmetische und sanitäre Artikel

Schlafzimmer Speisezimmer Herrenzimmer
 Kuchen und einzelne Möbel / Reformbetten mit u. ohne Matratz. / Kinderbetten preiswert
Kurt Gregor
 Pirna
 Barbiertasse 14/15

Fahrräder
 Stoewer, Graif, Panzer und andere
 zu niedrigen Preisen und Teilzahlung
 alle Ersatzteile und Reparaturen
E. Biebrach

Die Konsumgenossenschaftl. Jubiläumstabelle

40 Jahre Konsumverein Vorwärts
 25 Jahre Zentralverband deutscher Konsumvereine
 60 Jahre Verband sächsischer Konsumvereine

Die beste Butter der Welt

Feinste dänische **Molkereibutter**
 Drei-Flaggen-Märke SES
 Original-Auswiegung Pfund 2 20
 In Halbpfundstücken Stück 1 05

Vorwärts
 Konsumverein
 Mitglied kann jeder werden. Einschreibgebühr 50.-

Fußballsport
 2. Klasse, Abteilung A

Rang	Spiele	gew.	unent.	verl.	+/-	Punkte
Kamenz	5	5	0	0	31	7
Kleinandorf	3	2	0	0	7	4
Dietzen	4	2	0	2	10	12
Eisenbahn	5	2	0	2	14	11
Dohna	5	1	1	3	8	12
Graupa	5	1	1	3	12	17
SB 12	5	0	2	3	7	26

Abteilung B

Bielitz	5	4	1	0	24	13
Kadebutz	6	4	1	1	24	7
Sornow	5	2	2	1	11	8
09	5	2	2	1	10	9
01	6	1	2	3	10	14
Coswig	6	0	3	3	8	24
Köhlitzbroda	5	0	1	4	6	18

Abteilung C

Weißen	5	5	0	0	27	4
Schadwitz	5	4	0	1	22	10
Neustadt	6	3	1	2	17	8
1885	7	3	2	2	21	23
Kloßke	6	2	2	2	8	9
Burg	6	2	1	3	18	19
Wilsig	6	1	0	5	13	35
Wetterwitz	7	1	0	6	13	31

Auftakt zu den Verbandstagswahlen des DMV

Wählt Liste B, Opposition!

Die am Dienstag stattgefundene Generalversammlung des DMV Dresden war ein durchaus erfreulicher Auftakt zu Verbandstagswahl am 1. Juli. Der zweite Bevollmächtigte, Händel, referierte über den Verbandstag in Karlsruhe. Er streifte lediglich einen Teil der dort zur Behandlung kommenden Fragen.

Für die Opposition legte als erster Redner Kollege Lewinsohn die Stellungnahme zum Verbandstag dar. Er stellte fest, daß nach dem Reichsarbeitsschutzgesetz Nr. 7, 1928, der tarifmäßige Mindestlohn des Metallarbeiters Anfang Februar nur 41 Prozent höher war als 1913, während selbst nach der gleichen amtlichen Quelle die Lebenshaltungskosten schon 51 Prozent höher waren als 1913. Er ging auf die letzten Wirtschaftskämpfe in Mitteldeutschland, Sachsen und der Berliner Werkzeugmachereifabrik ein, bei denen den Kollegen das Recht des Streiks in jenem Moment geraubt ward, als er für die Unternehmer erstlich fühlbar und in einer wirksamen Weise wurde. Der Verbandstag müsse sich deshalb ernstlich mit einem entscheidenden Kampf gegen die Schlichtungsordnung befassen. Gegenüber Händel, der sagte, daß der Zeitpunkt zur Beilegung der Schlichtungsordnung noch nicht gekommen sei, stellte Redner die Frage: Wann ist die Zeit dann gekommen? Reicht müsse es sich ja zeigen, wer vor den Wahlen steht, die SPD oder die SED. Die SED-Führer hätten ja nun die „Möglichkeit“ durch Hermann Müller in der neuen großen Koalition, die Beilegung der Fesseln für das Streikrecht durchzusetzen. Es zeige allerdings schon davon, daß die SED-Führer sich darüber klar sind, daß in einer bürgerlich-parlamentarischen Regierung parlamentarische Interessen durchzusetzen nicht möglich ist. Andersfalls hätten sie ja unbedingt in erster Beziehung Anspruch auf das Arbeitsministerium erhoben müssen. Aber dies hätten sie gern dem reaktionären Arbeitsminister Brauns überlassen — weil sie den Wirtschaftskämpfen der Kollegen nicht, interessierte ja die Koalitionsführer nicht. Weiter schließt Redner aus den vergangenen Wirtschaftskämpfen: Die Geschlossenheit der Unternehmer zeige die unbedingte Herbeiführung der Industrieverbände. Die Frage der Industrieverbände dürfe jedoch nicht zu einer bürokratischen Frage der Mitgliedererwerbung aus anderen Verbänden werden, sondern sei vor allem eine Frage der geschlossenen Schlagkraft gegen das Unternehmertum. Es dürfe nicht bei papierernen Beschlüssen für Industriearbeiterorganisationen bleiben, der Verbandstag müsse eine systematische Propaganda unter den übrigen Verbänden für die Industrieverbände betreiben. Zur Neueinführung der Invaliden- und Altersversicherung fordert Lewinsohn einen energischen parlamentarischen und vor allem außerparlamentarischen Kampf zur Durchsetzung einer menschenwürdigen Alters- und Invalidenversicherung. Auch hier könne ja (männ es wahr sei, daß mit dem Mittel einer Koalitionsregierung der Weg zum Sozialismus führe) der neue „Linienminister“ Hildebrand das von den Kollegen geforderte durchsetzen. Redner wendet sich gegen Neueinführung von Unterstellungen, die unbedingt erhöhte Beiträge zur Folge haben müßten. Erhöhte Beiträge müßten aber die weitere Entwicklung des Verbandes bei den ärmsten Mitgliedern hemmen. **Notwendig seien nicht neue Unterstellungen, sondern die Erhöhung der Kampfunterstützungen!** Bevor der Verbandstag an die Neueinführung der Invalidenunterstützung gehe, müsse eine Urabstimmung darüber gefordert werden. Redner geht dann noch ausführlich auf die großen Gefahren eines neuen Weltkrieges ein und widerspricht den Ausführungen Händels, als wenn für Deutschland noch keine akute Kriegsgefahr bestehe. Er führt die Haltung des DMV im letzten Kriege an, um zu beweisen, daß es notwendig ist, alle Vorkehrungen zu treffen gegen eine Wiederholung eines 4. August 1914. **Notwendig sei vor allem eine große Aufklärungskampagne über den Imperialismus und seine Gefahren.** In diesem Sinne stellt Kollege Lewinsohn folgenden Antrag:

„Gegen Kriegsgefahr.“

Der Verbandstag beauftragt den Vorstand und die Organisationsleitungen:

1. Eine breite Aufklärungskampagne zu führen gegen Aktionen über Wirtschaftsdemokratie sowie über den Völkerverbund, gegen die Unterstellung der kapitalistischen Rationalisierungs- und Schlichtungspolitik, gegen Kapitalbildung, gegen den Kampf um Absatzmärkte durch die Gewerkschaftsmitglieder. Die Aufklärung der Arbeiter über das Wesen des Imperialismus und die sich daraus ergebende Kriegsgefahr und über die imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion zu betreiben.
2. Die Kämpfe zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen als ein Stück des Klassenkampfes für die Beilegung der Lohnschneiderei zu führen. Alle Kampfmaßnahmen zur gegebenen Situation zwecks Durchsetzung der Forderungen der

Arbeiterklasse auszunutzen, um die Macht des Trustkapitals zu erschüttern und die Voraussetzungen zum revolutionären Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie zu schaffen.

Im Falle des Kriegsausbruches alle Maßnahmen des Verbandes zum Kampf gegen die herrschende Klasse einzusetzen den imperialistischen Krieg durch den Bürgerkriegsbeginn zu bekämpfen zur Errichtung der Herrschaft des Proletariats für die Durchführung des Sozialismus.

Kollege Rentlich widerspricht der vom Kollegen Lewinsohn (SPD) vorgebrachten Einheitsidee. Eine Einheit um jeden Preis sei nicht ein Fißerling wert. Die zwei Richtungen in der Arbeiterbewegung sei eine Zufälligkeit. Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung könne nicht auf dem Boden einer formalen Einheit gelassen, sondern nur auf dem Boden einer revolutionären Gewerkschaftspolitik. Um dies zu verhindern, werden oppositionelle Kollegen, wie der Kollege Lütlich, alle ausföhrlichen Gründe aus dem DMV ausgeschlossen. **Dagegen: Stellung zu nehmen, sei die Aufgabe der Kollegen zu den Verbandstagswahlen.**

Kollege Rentlich begründet seinen bereits in der Metallarbeiterzeitung Nr. 22 veröffentlichten Antrag an den Verbandstag, der in entscheidender Weise gegen die bisherige Verbandstagswahl Stellung nimmt. Nach ihm macht noch allgemeine Ausführungen der Kollege Lütlich. Darauf legt prompt der übliche Schlussantrag ein, so daß weiteren oppositionellen Kollegen es unmöglich gemacht wird, ihre an den Verbandstag gerichteten Anträge zum Vortrag zu bringen.

In seinem Schlusswort verurteilt Händel die Ausführungen Lewinsohns und Rentlich falsch auszuwerten. Er beweist damit, daß er keinen Anhaltspunkt fand um den Ausführungen zu widersprechen. Um überhaupt noch etwas gegen die Opposition zu sagen, muß er Ausführungen von Kosowski herbeiziehen, wonach er gelangt haben soll, die russischen Gewerkschaften hätten nie an den Anschlag an Amsterdam gedacht.

Der erste Bevollmächtigte Händel lehnt auch heute erneut jede Abstimmung über gestellte Anträge ab. Die SPD-Fraktion hatte zu dem Verbandstag überhaupt keine Stellungnahme. Darauf folgte die Aufstellung der Listen zur Verbandstagswahl. Der SPD-Fraktionsführer Reichenbach gab zunächst eine Erklärung ab, daß seine Fraktion lieber Personenwahl, denn Listenwahl habe. Kollege Lewinsohn gab für die Opposition die Erklärung ab, daß die Opposition die Vertretung der Minoritäten auf dem Verbandstag fordere. Sie betrachte nach wie vor die Verhältniswahl als die gegebene Wahl. Die darauf folgende Abstimmung ergab, daß sich etwa zwei Drittel der Vertrauensmänner für die Liste der SPD-Fraktion entschieden, und ein Drittel für die Liste der Opposition. Damit waren überreichlich die 10 Prozent (75 Stimmen), die für die Aufstellung der Liste notwendig waren erreicht. Diese Abstimmung zeigte von einem Wachsen der oppositionellen Stimmen selbst in der Vertrauensmännerversammlung. Damit war ein sehr erfreulicher Auftakt zu den Verbandstagswahlen vollzogen. Die Opposition kann mit der Gewißheit den Wahlkampf aufnehmen, daß ihre Saat auf guten Boden fällt und der Sieg nicht ausbleiben kann.

Zum Schluß wurde noch die Wahl zweier Beitragskassierer vorgenommen. Die Verwaltung hatte der Generalversammlung drei Vorschläge von prominenten Mitgliedern der SPD-Fraktion vorgelegt. Dagegen erhob sich aus der Versammlung lebhafter Widerspruch. Kollege Lewinsohn wandte sich gegen die Vorschläge Weber, Martius, Demnich, die nur wegen ihrer Fraktionsarbeit gegen die Opposition in Vorschlag gebracht worden. Er unterbreitete einen Vorschlag eines Kollegen aus der Versammlung, der einen Kollegen vorschlug, der als Gemahregelter seit Jahren seine Arbeit mehr im kapitalistischen Betrieb erhält. Obwohl dieser Kollege gleichfalls der SPD noch angehört, sollte die Opposition für diesen Gemahregelten ein. Darauf kam die SPD-Fraktion zu größeren Differenzen unter sich. Das Ergebnis war, daß dieser gemahregelte Kollege Weiskopf 407, Demnich 324, We-

ber 300 und Martius nur 101 Stimmen erhielt. Weiter wurde Kollege Marx vorgeschlagen, der jedoch nicht mit der Wahl hand er erhielt 18 Stimmen. Da bereits vor der Auszählung der Stimmen allgemein die Gewißheit war, daß Weber nicht gewählt sei, machten sich überall Stimmen bemerkbar, die demgegenüber auf die von ihm betriebene mühe Kommunistenhöhe meinten: „Der Lauf der Metallarbeiter ist dir gewiß.“

Aufgabe aller oppositionellen Metallarbeiter ist es nun, mit ganzer Kraft an die Propaganda zu den Verbandstagswahlen zu gehen. Jeder tue seine Pflicht! Alle Mann für die Liste der Opposition! Keine Stimme den Reformisten! Jede Stimme der Metallarbeiter der

Liste B.

Die Kandidaten der Opposition

zum Verbandstag des DMV, Liste B

1. Karl Beyer, Heidenau, Gartenstraße 31, Betriebsratsvorsitzender des Sachsenwerkes, Obmann des DMV
2. Walter Kohde, Klopische, Dresdner Straße 12, bis zur Auflösung des Betriebes Betriebsrat der Hartmannwerke, Vertrauensmann des DMV
3. Alwin Zeiler, Dresden-A., Ockerwitzer Straße 51, Betriebsrat bei Seidel u. Raumann, früher Obmann des DMV
4. Karl Schlichtkrull, Dresden-A., Steinstr. 2, Vertrauensmann der Gussstahlfabrik Freital, Obmann des DMV
5. Erich Van, Freital, Turnerstraße 15, Betriebsrat bei Anton Reiche, Obmann des DMV
6. Felix Lewinsohn, Dresden-A., Pommascher Straße 43, Branchenvertrauensmann des DMV, 2. Branchenleiter der Elektromotoren
7. Alma Wegler, Dresden-A., Chemnitzstraße 70, Vertreterin der Arbeiterinnen, Betrieb Anton Reiche
8. Otto Hempel, Dresden-A., Kiehlstraße 68, Jugendvertreter, früher Betrieb Schiffswerk
9. Ernst Kiehlisch, Dresden-A., Klopischestraße 30, Betriebsratsvorsitzender bei Meurer, Colossebaude, Obmann des DMV
10. Richard Nagel, Freital, Burgwärtstraße 20, Betriebsratsvorsitzender der Friedrich-August-Hütte in Freital, Vertrauensmann und Obmann des DMV
11. Georg Haase, Kadobitz, Köhlschreiberstraße 13, Betriebsrat und Krankenkassenvertreter der Schnellpresse Coswig, Vertrauensmann des DMV
12. Max Vehr, Dresden-A., Wählerstraße 12, Betriebsrat bei Schöblich, Vertrauensmann und Obmann des DMV
13. Willy Damm, Dresden-A., Weisiger Str. 42, Betriebsratsauschussmitglied bei Seidel u. Raumann, Vertrauensmann des DMV
14. Arthur Enderlein, Heidenau, Güterbahnhofstraße 28, Betriebsrat der Universelle, Obmann des DMV
15. Georg Quaijch, Dresden-Dobritz, Friedrich-Engels-Straße Nr. 1, Vertrauensmann des Sachsenwerkes, Obmann des DMV.

Zum Gewerkschaftstongreß des DMV:

1. Georg Quaijch, Sachsenwerk
2. Walter Kohde, Hartmannwerke
3. Erich Van, Anton Reiche.

800 neue Mitglieder im DMV Halle

Auch ein Grund zum Ausfluß des 1. Bevollmächtigten!

Während des mitteldeutschen Metallarbeiterstreiks tat der 1. Bevollmächtigte des DMV Lütlich, alles, um auch den Unorganisierten das Durchhalten im Kampf zu erleichtern. Der Erfolg war, daß nach dem Streik dem DMV 800 neue Mitglieder zugeführt werden konnten, die in ihrer Mehrheit selbstverständlich die Reihen der Opposition im Verband verstärkten. Nicht zuletzt war es diese erfolgreiche Werbearbeit für den DMV, die den Hauptortstand veranlaßte, den 1. Bevollmächtigten Lütlich auszuscheiden. Die SPD, die mit der Bourgeoisie in der Großen Koalition ist, will keine starken und kampffähigen Gewerkschaften. Wir aber sagen: Nun erst recht Werbearbeit, um die Opposition zu verstärken.

Kommunistische Tabakarbeiter! Freitag den 15. Juni, 1930

Uhr, im Brandenburger Hof, Berliner, Ecke Peterstraße, wichtige Fraktionsführung. Jeder Genosse und jede Genossin muß erscheinen.

Verantwortliche Redakteure: für Innen- und Außenpolitik: Rudolf Kerner; für Politik, Gewerkschaftliches, Sport und Kultur: Richard Spang; für den Interzettel: Arthur Sauer; sämtlich in Dresden, Berlin: Dresdner Verlagsgesellschaft — Druck: „Kosmos“ Druckereibetriebe Dresden

Gemeinde- und Staatsarbeiter!

Am Sonnabend, Sonntag und Montag finden die Wahlen zum diesjährigen Verbandstag statt. Jeder geht zur Wahl registriert für die Kandidaten der Opposition.

Alle Stimmen für die

Genossen Gruner, Weidner, Vade, Wagner.

Für den Bezirk Kadobitz, Pirna, Meißen und Riesa

Genosse Kaulsch (Kadobitz).

Für Dippoldswalde, Freiberg, Glaschütte, Wildruff und Döbeln:

Genosse Karl Marziner (Döbeln).

EJUS

ROMAN VON LAWRENCE H. DESBERRY

(13. Fortsetzung)

Beide Briefe waren vor fünf Jahren geschrieben worden, der eine zu Beginn, der andere am Ende des Jahres. Mannister las den ersten Brief.

Mein lieber alter Freund,

heute habe ich Dir eine freudige Nachricht mitzutellen: meine Forschungen haben endlich zu einem Ergebnis geführt! Meine Erfindung wird die Welt so hoffe ich, reichlich an Glück und Schönheit machen. Die Sache hat nur noch einen Haken: die Herstellung ist äußerst ungesund, denn es entwickeln sich dabei giftige Dämpfe, die besonders schädlich auf das Großhirn wirken, sowie letztendlich auf die Zeugungsorgane. Solange dieses Uebel nicht behoben ist, will ich meine Erfindung geheim halten, gibt es doch viele Menschen, die verbrecherisch genug wären, diese auszunutzen, ohne an das Wohl der dabei beschäftigten Arbeiter zu denken. Um so mehr, da die Herstellungskosten äußerst gering sind und sich daher ein großer Profit erzielen ließe. Diese geringen Herstellungskosten bedeuten für mich eine besondere Freude, da ja dadurch meine Erfindung allen zugänglich wird. Es folgten nun noch eingehende Fragen nach dem Befinden der Familie. Mebrigens besuchte mich gestern unser lieber Varr. Ich freue mich jedesmal, wenn ich sehe, wie groß und stark er geworden ist. Augenblicklich interessiert er sich für Politik, und zwar für die allradikalste. Ich verstehe, wie du weißt, gar nichts von beiden Dingen, finde nur, daß unsere Welt demmaßen ungerecht ist, daß ein anständiger Mensch kein Mittel sehen darf, um ein Solches zu ändern, das nur bestehen kann, solange Millionen Menschen in Elend und leben. Deshalb sympathisiere ich auch mit Varrs Partei und habe wenig für die jahren Reformer übrig, die mit Redelstücken gegen ein Nilpferd losgehen.

Ich fange an, mit großer Sorge um meinen Jungen zu machen — freilich kommt es häufig vor, daß Expeditionen jahrelang verlohnen bleiben, aber dennoch... dieses Garnichts-wissen irritiert mich. Aus diesem Grunde werde ich auch im Sommer nicht zu Euch kommen; hier in Newyork erfahre ich jede Nachricht viel rascher...

Der zweite Brief war im Dezember geschrieben. Die ersten zweiten Seiten beschäftigten sich ausschließlich mit der verholzten Expedition.

Nun teilen schon die meisten meine Ansicht, daß unsere Forscher nie mehr heimkehren werden, auch mein Schwager und dessen Familie sind davon überzeugt. Mebrigens überfiedelte ich vor einer Woche zu ihnen; sie sind seit einiger Zeit äußerst freundlich zu mir, voller Teilnahme und rührender Sorge um meine Gesundheit. Sollte ich diese Menschen Jahre hindurch falsch beurteilt haben? Henry Bright hat mit sogar in seinem Hause ein Laboratorium eingerichtet; er weiß, daß ich eine Erfindung gemacht habe, doch teilte ich ihm darüber noch nichts Näheres mit, denn leider gelang es mir noch immer nicht, die Herstellung weniger gesundheitschädlich zu gestalten.

Die Sorgen um Fred und die harte Arbeit haben meine Gesundheit derzeit angegriffen, daß ich dem Drängen meiner Verwandten nachgegeben und den Winter auf deren Landhü in Florida verbringen werde. Schreibe mir also nach „Goldene Hill“ via Tallahassee. John Bright will zu den Weihnachtsfesten ebenfalls hinkommen und wir haben vor, gemeinsam eine kleine See-Reise in seiner Yacht zu unternehmen.

Fred Mannister legte vorlesen die Briefe beiseite; der arme Vater, dachte er, ich hätte die Expedition nicht mitmachen, dem alten Mann nicht so große Sorgen, so bitteren Kummer verursachen dürfen. Nun erschien ihm Frau Brights Erzählung schon glaubwürdig; allzu schwere geistige Arbeit und die fortwährende Sorge um den Sohn vermochten sehr wohl den Verstand des alten Mannes angegriffen zu haben. Mannister machte sich Vorwürfe über sein Mißtrauen und sein Verhalten der Familie Bright gegenüber. Diese Leute schienen wirklich gut für den Vater gewesen zu sein. Er beschloß Frau Bright zu schreiben und sich wegen seines unehelichen Benehmens zu entschuldigen.

Am folgenden Morgen wurde Mannister, sobald das erste Frühlicht durchs Fenster schimmerte, von Franz geweckt. Nun folgten Tage anstrengender Feldarbeit. Zu Dalys Erstaunen erwies sich der Arzt tatsächlich als Hilfe, war zu jeder Arbeit bereit. Die Geschwister verloren allmählich ihre Zurückhaltung, vor allem Franz. Dalys war heiter und gesprächig, solange es sich um die Arbeit oder geringfügige Dinge handelte aber sie verteil mit keinem Wort, was der Grund ihrer häufigen Abwesenheit war. Fast jede Woche spannte Franz am Freitagabend

die braune Stube vor den Einspänner und die Geschwister fuhrten fort. Mannister bemerkte, daß Jonathan an solchen Abenden noch sorgenvoller als sonst drein sah, doch lagte er kein Wort über die Abwesenheit seiner Kinder. Bisweilen dümmerte bereits der Morgen, wenn Mannister das Räderrollen vernahm, das die Heimkehr der Geschwister ankündigte.

Einmal erschien am Abend auch der junge Mann, der auf dem Bahnhof an Mannister die seltsame Frage gerichtet hatte. Er hieß Abe Lincoln und Mannister konnte feststellen, daß Lincoln vollkommen bei Verstand sei. Dieser zog sich mit den Geschwistern in eine Ecke der Stube zurück und die drei redeten halblaut eifrig miteinander. Mannister vernahm nur halblaut einige zusammenhängende Worte: „St. Paul“, „Minutenmänner“, und einmal kam es ihm vor, als höre er einen ihm bekannten Namen: „Jack Benson“. Aber es gab in Amerika so viele Bensons und so viele Jacks, daß ihm dies nicht besonders auffiel.

So verging die Zeit. Die Ernte war eingebracht, die Abende wurden länger. Schon lüfteten die ersten Nachfröste die Blätter der Bäume, und lahle Stoppelfelder blickten trostlos zum grauen Herbsthimmel auf. Aber Fred Mannister konnte sich noch immer nicht entschließen, nach Newyork zurückzukehren und dort seine Praxis aufzunehmen.

„Am liebsten gäbe ich den Kerstebert auf“, sprach er eines Abends zu Dalys, „würde Farmer, verrichtete „ehrliche“ Arbeit,“ sagte er neidend hinzu.

„Gefällt dir das Landleben so gut?“ fragte das Mädchen.

„Ja, ich kann mir gar nichts Schöneres vorstellen,“ erwiderte Mannister. Diese Antwort war freilich nicht ganz ehrlich, denn seine Begeisterung und Liebe galt weniger der Farm, den Feldern und dem Beruf des Landwirts, als dem schönen jungen Geschöpf, das auf der Küchenbank neben ihm saß — Dalys.

8. Kapitel

Tommy an die Front!

„Tommy“ sprach Harry Ward zu seinem jungen Freund, „du sollst deine Klugheit beweisen. Ich habe gewettet, daß du in einem Heuhaufen eine Nadel zu finden vermagst.“

Tommy verzog grinnend den Mund. „Das kann ich auch, sag mir nur, wer die Nadel und was der Heuhaufen ist.“

„Die Nadel ist ein alter Mann und der Heuhaufen Newyork!“ erwiderte Ward.

(Fortsetzung folgt.)

